



SEITE 2
 Gastbeitrag: IG-Metall-Vorstandsmitglied Christiane Benner über moderne Zeitpolitik

SEITE 3
 Industrie 4.0: Chance oder Risiko?



SEITE 4/5
 Im Gespräch: der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Carsten Schneider

SEITE 6
 Koalition stärkt die Pflege



SEITE 7
 Gerd Haas profitiert von der Rente mit 63

SEITE 8
 Der Haushalt 2015 ist eine Zeitenwende

GUTE ARBEIT

SPD
 BUNDESTAGS
 FRAKTION

Ausgabe 05/2014

Mehr Zeit für Familie

Beruf und Familie besser vereinbaren: Die SPD-Fraktion gibt jungen Eltern mehr Spielräume.

Unsere Arbeitswelt befindet sich im Wandel. Von den Beschäftigten wird heute erwartet, dass sie flexibel und ständig erreichbar sind. Die Grenzen zwischen Arbeit und „privatem Leben“ verwischen. Vielen Eltern fällt es schwer, ihren Beruf mit der Familie zu vereinbaren. Sie wünschen sich ein besseres Gleichgewicht zwischen Arbeit und Privatleben, mehr Zeit für Familie und Partnerschaftlichkeit.

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist klar: Flexibilität darf keine Einbahnstraße sein. Die Sozialdemokraten setzen sich seit langem dafür ein, den veränderten Lebensentwürfen und -realitäten von Familien Rechnung zu tragen. Dazu gehört es, den Beschäftigten mit einer modernen Zeitpolitik mehr Flexibilität zu geben. Zum Beispiel in der Pflege: Künftig sollen Menschen, die kurzfristig die Pflege eines Angehörigen organisieren müssen, eine bezahlte Auszeit von ihrer Berufstätigkeit von bis zu zehn Tagen nehmen können.

Länger Elterngeld bei Teilzeit

Der zentrale Punkt einer modernen Zeitpolitik ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mit der Einführung des ElterngeldPlus sorgt die Koalition dafür, dass berufstätige Eltern sich ihre Zeit besser und flexibler nach eigenen Vorstellungen einteilen können. Ab 2015 sollen Elternpaare unterstützt werden, die sich partnerschaftlich um die Kinderbetreuung kümmern und in Teilzeit ins Berufsleben zurückkehren. Konkret heißt das: Mütter oder Väter, die in Teilzeit arbeiten, erhalten doppelt so lange Elterngeld, ohne dass der Teilzeitlohn die Gesamtsumme des ausgezahlten Elterngeldes mindert. Wenn Paare gleichzeitig in Teilzeit ar-



Mehr Zeit für die Familie, ohne den Anschluss an den Beruf zu verlieren: Das ElterngeldPlus gibt Familien mehr Flexibilität.

beiten, gibt es für beide einen Partnerschaftsbonus von vier zusätzlichen ElterngeldPlus-Monaten. Außerdem können zwischen dem dritten und achten Lebensjahr eines Kindes bis zu 24 Monate flexible Elternzeit genommen werden.

Auch die Wirtschaft profitiert

Mehr Partnerschaftlichkeit, mehr Zeit für Familie und gleichzeitig Anschluss an den Beruf halten – die SPD-Fraktion schafft mehr Freiräume für junge Eltern.

Mit dem Gesetz erfüllt die Koalition die Wünsche vieler Eltern und setzt ein wichtiges Versprechen der Sozialdemokraten um, sagt der familienpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Sönke Rix. „Wir schaffen mehr Flexibilität und Partnerschaftlichkeit, wenn beide

Elternteile Familienverantwortung übernehmen und am Arbeitsleben teilhaben wollen.“

Auch die Wirtschaft profitiert von der Regelung: die unworbene Gruppe von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Alter zwischen 25 und 45 bekommt noch stärkere Anreize, früher in den Beruf zurückzukehren.

Für die SPD-Fraktion ist das ElterngeldPlus aber nur der erste Schritt: „Wir wollen, dass aus dem ElterngeldPlus bald Familienarbeitszeiten werden“, sagt die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Carola Reimann. „Wir wollen andere Arbeitszeitmuster, nicht nur für Eltern von Kleinkindern, sondern auch für die Eltern von älteren Kindern.“ ■

Das bringt das ElterngeldPlus

- Väter oder Mütter, die in Teilzeit in den Beruf einsteigen, erhalten ein Teil-Elterngeld von einer Dauer bis zu 28 Monaten (statt 14 Monaten).
 - Partnerschaftsbonus: Wenn beide Eltern pro Woche 25 bis 30 Stunden parallel arbeiten, erhält jedes Eltern-
- teil das ElterngeldPlus nochmals für vier zusätzliche Monate.
- Zwischen dem dritten und achten Lebensjahr eines Kindes kann bis zu 24 Monate flexible Elternzeit genommen werden.

Meldungen

Bundestag berät
BAföG-Reform

Der Bundestag hat einen Gesetzentwurf zur Reform des BAföG beraten. Damit soll die staatliche Ausbildungsförderung an die Lebenswirklichkeit der Auszubildenden angepasst und verbessert werden. Das BAföG sei eines der wichtigsten Instrumente, um jungen Menschen die Tür für eine Hochschulbildung und den gesellschaftlichen Aufstieg zu ermöglichen, sagte SPD-Fraktionschef Oppermann. „Für uns Sozialdemokraten hat es eine besondere Bedeutung.“ Der Entwurf sieht unter anderem vor, die Bedarfssätze und Freibeträge für alle BAföG-Geförderten um sieben Prozent zu erhöhen. Die Vermögensfreibeträge und Hinzuverdienstgrenzen sollen angehoben und der Wohnzuschlag auf 250 Euro aufgestockt werden. Zudem übernimmt der Bund ab dem 1. Januar 2015 die volle Finanzierung des BAföG und entlastet die Länder damit dauerhaft um jährlich 1,17 Milliarden Euro. Das Gesetz soll Ende des Jahres vom Bundestag verabschiedet werden. ■

Elterngeld: Die Richtung stimmt

Das ElterngeldPlus ist richtig, eine Reform der Pflegezeit muss folgen – Ein Gastbeitrag von IG-Metall-Vorstandsmitglied Christiane Benner.

Frauen wollen nicht mehr aus dem Arbeitsleben aussteigen, sobald sie Mutter werden. Väter wollen nicht länger einfach weitermachen wie bisher, wenn der Nachwuchs da ist. Das neue „ElterngeldPlus“ nimmt diese Bedürfnisse ernst. Denn der Gesetzentwurf ermöglicht das, was Beschäftigte seit langem einfordern: mehr Zeitsouveränität. 82 Prozent der Beschäftigten ist es wichtig, ihre tägliche Arbeitszeit kurzfristig an ihre privaten Bedürfnisse anpassen zu können, ergab eine große Beschäftigtenbefragung der IG Metall. 79 Prozent möchten ihre Arbeitszeit vorübergehend absenken, um z. B. mehr Zeit für Kinder oder pflegebedürftige Angehörige zu haben.

Mit dem „ElterngeldPlus“ können Väter und Mütter ihre Arbeitszeit befristet reduzieren, kurze Auszeiten nehmen und die verschiedenen Fördermöglichkeiten flexibel kombinieren. Künftig wird es einfacher, die Erziehungsarbeit ohne allzu große Einkommenseinbußen partnerschaftlich zu teilen. Das stärkt die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen und eröffnet ihnen bessere berufliche Pers-



Christiane Benner ist im IG-Metall-Vorstand zuständig für Frauen und Gleichstellung.

pektiven. Was allerdings fehlt, ist ein geregelter Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit. Und auch über die Kindererziehung hinaus braucht es Regelungen, die dem Wunsch der Beschäftigten nach Zeitsouveränität Rechnung tragen. Das gilt vor allem für die geplante Reform der Pflegezeit. Ähnlich wie beim „ElterngeldPlus“ brauchen Beschäftigte auch hier einen gesetzlichen Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit sowie eine Entgeltersatzleistung

in Anlehnung an die Regelung zum Elterngeld. Außerdem brauchen wir eine gesetzliche Absicherung von Langzeitfolgen, die durch eine Unterbrechung oder Einschränkung der Erwerbstätigkeit eintreten.

Ob Kindererziehung oder Pflege: Die Politik muss weiterhin Partnerschaftsmodelle fördern, die Männer und Frauen gleichermaßen in die Lage versetzen, erwerbstätig zu sein und Fürsorgeverantwortung zu tragen. ■

Betriebs- und Personalrätekonferenz: Arbeit wertschätzen



DGB-Vorsitzender Reiner Hoffmann mit Katja Mast auf der Betriebsrätekonferenz.

Unter dem Motto „Arbeit wertschätzen“ hat die SPD-Bundestagsfraktion Ende September ihren traditionellen Dialog mit Betriebs- und Personalräten aus ganz Deutschland fortgesetzt. Rund 260 Betriebs- und Personalräte waren nach Berlin gekommen, um über Leiharbeit, den Missbrauch von Werkverträgen, die Tarifautonomie und die Wirkung des Mindestlohns zu diskutieren.

„Schlechte Arbeitsbedingungen beeinträchtigen das ganze Leben, umso

wichtiger ist es, über gute Arbeit zu sprechen und sie gemeinsam voranzubringen“, sagte Katja Mast, Sprecherin für Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion. Sie betonte, wie wichtig die Themen Mitbestimmung und Demokratie in Betrieben für die SPD-Bundestagsfraktion seien.

Neben Katja Mast stellten sich auch Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles, SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann sowie DGB-Vorsitzender Reiner Hoffmann und Tatjana Fuchs von der

Gesellschaft für Gute Arbeit den Fragen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Mehr Gerechtigkeit dank Mindestlohn

SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann bezeichnete den Mindestlohn als zentrales Ordnungselement in einer sozialen Marktwirtschaft. Er sei stolz darauf, dass die Sozialdemokraten diese fällige Modernisierung durchgesetzt haben. Der Mindestlohn locke als Teil des Tarifpakets nun wieder Branchen an, Tarifverträge abzuschließen. Indem wieder mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter Tarifverträge gebracht werden, würden auch die Arbeit und deren Wertschätzung gestärkt, sagte Oppermann.

DGB-Chef Reiner Hoffmann lobte Mindestlohn und Rentenpaket als wichtige Reformen, die mehr Gerechtigkeit in unsere Gesellschaft brächten. Gleichzeitig plädierte er dafür, die Tarifautonomie weiter zu stärken. Denn: „Viel zu wenig Menschen in diesem Land fallen unter den Schutz von Tarifverträgen“. Ein Durchschnitt von

60 Prozent bei den deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sei nicht genug.

Zudem sprach Hoffmann über die Herausforderungen, die die Digitalisierung von Arbeit mit sich bringe. Ohne entsprechende Regelungen führe diese Entwicklung zu neuen Formen der Belastung und Ausbeutung. ■



Fachkongress Industrie 4.0: Chance oder Risiko?

Industrie 4.0 ist in aller Munde – aber was bedeutet der Begriff für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Industrie?

Das Schlagwort Industrie 4.0 erobert die Wirtschaft. Es geht dabei um die intelligente, internetbasierte Vernetzung aller Unternehmensbereiche. Konkret: Wie verbessern Digitalisierung und Internet unsere Produktionsprozesse?

Mit einem Fachkongress hat sich jetzt die SPD-Fraktion dem Thema gewidmet. „Wir betreten alle miteinander unkartierte Gewässer“, sagte SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil bei der Begrüßung der rund 700 Gäste. Um Deutschland für den anstehenden Strukturwandel bestmöglich aufzustellen, brauche es einen starken Verbund zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Sozialpartnern und Politik.

Enorme Chancen

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel zeigte sich in seiner Rede überzeugt davon, dass Deutschland gerade wegen seines hohen Grades an Industrialisierung in einer digitalen Ökonomie große Wettbewerbschancen habe.

Eine zentrale Frage des Kongresses war, welche Rolle die Menschen und ihre Arbeit künftig in der Industrie spielen. Die Mittelstandsbeauftragte der SPD-Fraktion Sabine Poschmann moderierte das entsprechende Fachforum. Auf dem Podium wurde schnell deutlich: Bei Industrie 4.0 geht es nicht darum, alles zu automatisieren und die menschenleere Fabrik einzuführen. „Es ist nicht die Frage, ob es eine Zukunft der Arbeit gibt, sondern ob diese Zu-



Sabine Poschmann sprach mit Wolfgang Schroeder, Sabine Pfeiffer und Uwe Schirmer.

kunft ein Fortschritt für die Menschen ist“, sagte Prof. Wolfgang Schroeder von der IG Metall. Er sieht beim Thema Industrie 4.0 Licht und Schatten. Zum einen gebe es Befürchtungen, dass es zu Arbeitsplatzabbau und Leistungsverdichtung komme. Aber der Prozess biete auch enorme Chancen, um Deutschlands industrielle Vorreiterrolle auszubauen.

Auf die Facharbeiter kommt es an

Prof. Sabine Pfeiffer von der Universität Hohenheim plädierte deshalb dafür, sich als Land auf die eigenen Stärken zu besinnen. „Das Know-How, das wir in über hundert Jahren Industriegeschichte angesammelt haben, haben die wenigsten Länder.“ Vor allem den

deutschen Facharbeitern komme in Zukunft eine besondere Bedeutung zu. „Sie können einem Facharbeiter in der Produktion relativ schnell die nötigen IT-Kenntnisse vermitteln. Einem IT-Spezialisten aber die Bedienung von hochkomplexen Produktionsmaschinen beizubringen, ist nicht so einfach.“

Trotz Digitalisierung würden in der Produktion immer Menschen gebraucht, die etwas von Mechanik und Elektronik verstünden, ergänzte Dr. Uwe Schirmer von der Robert Bosch GmbH.

Mehr auf die Chancen von Industrie 4.0 gucken und den Risiken als Politik und Sozialpartner gemeinsam begegnen – das war das Fazit, das Sabine Poschmann nach der Diskussion zog. ■

Mieten bremsen und Investitionen fördern

Es ist ein wichtiger Schritt hin zu mehr bezahlbarem Wohnraum in Deutschland: Die Fraktionsspitzen von SPD und CDU/CSU haben sich auf eine Regelung für die Mietpreisbremse geeinigt. Damit sollen Mietsteigerungen wirksam begrenzt und das Maklerrecht zugunsten von Mietern geändert werden. Gleichzeitig bleiben dringend erforderliche Investitionen für Neubauten möglich. Die Mietpreisbremse beschränkt künftig Mietsteigerungen in Gegenden mit einem angespannten Wohnungsmarkt auf maximal zehn Prozent gegenüber den ortsüblichen Vergleichsmieten. So wird in den von

den Ländern ausgewiesenen Gebieten exzessiven Mietsteigerungen bei neuen Mietverträgen entgegengewirkt. „Mit der Mietpreisbremse setzen wir einen für uns zentralen Punkt des Koalitionsvertrages um“, sagt SPD-Fraktionsvize Eva Högl.

Investitionen in Wohnungsbau ermöglichen

Um gleichzeitig Investitionen in den notwendigen Wohnungsbau sicherzustellen, sind Neubauten und umfassend modernisierte Wohnungen von der Mietpreisbremse ausgenommen. Es wäre fatal, wenn mit solchen Regu-

lierungen der Wohnungsbau zum Erliegen gebracht würde, sagt SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann.

Auch der deutsche Mieterbund begrüßt die Mietpreisbremse. „Es ist gut, dass die Koalitionsfraktionen sich endlich geeinigt haben und die Mietpreisbremse kommt“, sagt der Bundesdirektor des Deutschen Mieterbundes (DMB), Lukas Siebenkotten. Zudem hat die SPD-Fraktion entscheidende Änderungen im Maklerrecht durchgesetzt. In Zukunft gilt: Wer einen Makler beauftragt, muss auch die Kosten dafür übernehmen – also in der Regel der Vermieter. ■

Editorial



Thomas Oppermann, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Liebe Leserinnen und Leser,

die Konjunkturdaten haben sich eingetrübt. Gleichwohl: Nach allen Vorhersagen wird es weiter Wachstum in Deutschland geben. Das ist eine zentrale Voraussetzung, um Gute Arbeit für alle möglich zu machen. In Zukunft wird es darum gehen, unsere wirtschaftliche Stärke zu erhalten, Investitionen zu fördern und bessere Teilhabe zu organisieren. Es wird eine unserer zentralen wirtschaftspolitischen Herausforderungen sein, unsere starke industrielle Basis in das digitale Zeitalter zu überführen. Denn nur so können wir auch langfristig unsere sozialen Standards sichern und gute und faire Arbeitsbedingungen in Deutschland erhalten. Soziale Verantwortung und ökonomische Vernunft sind nicht voneinander zu trennen.

Die Umbrüche, vor denen wir in unserer Arbeitswelt stehen, bergen große Chancen. Neue Formen von Zeit- und flexiblen Arbeitsmodellen werden möglich. Das gilt für junge Menschen, die Familie und Beruf zusammenbringen wollen, ebenso wie für Ältere, die in Teilzeit länger im Beruf bleiben wollen. Solche Veränderungen sind immer auch große Herausforderungen, aber die sollten wir nicht ängstlich angehen. Mit verantwortungsvoller Politik müssen wir für Fachkräftesicherung sorgen, gezielt Anreize für Innovationen setzen und bezahlbare Energie sicherstellen.

Die SPD-Bundestagsfraktion steht für wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt. Industrie- und Wirtschaftspolitik war und ist immer ein zentraler Bestandteil unserer Kernkompetenz. Daher erscheint mir die Gestaltung des Wandels unserer Arbeitswelt und aller seiner Folgen nach ökonomischen, sozialen und rechtlichen Prinzipien wie maßgeschneidert für Sozialdemokraten. ■



»Wir haben uns zu einem ausgeglichenen Haushalt verpflichtet«

Der Staat muss unabhängig von den Finanzmärkten sein, sagt SPD-Fraktionsvize Carsten Schneider. Im Interview erklärt er, warum ein ausgeglichener Haushalt so wichtig ist, und spricht über die Bankenunion und den Länderfinanzausgleich.

Der Bund wird im kommenden Jahr zum ersten Mal seit 1969 ohne neue Schulden auskommen. Warum ist ein ausgeglichener Haushalt so wichtig?

In der Finanz- und Schuldenkrise hat sich bei Ländern wie Griechenland gezeigt, dass eine hohe gesamtstaatliche, aber auch private Verschuldung irgendwann zu Refinanzierungsschwierigkeiten führt. Die Gläubiger stellen infrage, dass ein Staat seine Schulden zurückzahlen kann, ohne frisches Geld zu drucken. Eine ganz entscheidende Frage ist deshalb, ob ein Staat noch unabhängig handeln kann, ohne dass ihn die Finanzmärkte am Gängelband füh-

ren und er exorbitante Zinsen an Geldanleger zahlen muss.

Aber schränken Einsparungen beim Haushalt nicht auch die Handlungsfähigkeit des Staates ein?

Die SPD-Bundestagsfraktion hat im Koalitionsvertrag zusätzliche Ausgaben vor allem für Investitionen in Bildung, in die Kinderbetreuung und in die Infrastruktur von insgesamt 23 Milliarden Euro durchgesetzt, weil wir damit die Handlungsfähigkeit des Staates sichern wollen. Außerdem haben wir festgelegt, dass die Konsolidierung nicht zulasten von Kürzungen im

Sozialbereich geht. In einer Rezession kann man natürlich Schulden machen und muss es auch. Aber wenn die Wirtschaft wieder wächst, muss man die Schulden auch wieder abbauen.

„Die Schuldenbremse hat einen Paradigmenwechsel eingeleitet“

„Wir können in schlechten Zeiten Schulden machen, müssen sie in guten aber wieder abbauen“

Ist der ausgeglichene Haushalt ein historisch einmaliger Akt oder langfristig möglich?

Wir haben uns dazu verpflichtet, dauerhaft auf neue Schulden zu verzichten. Die Einführung der Schuldenbremse hat hier einen Paradigmenwechsel eingeleitet. Dabei ist es in schlechten Zeiten – notfalls mit Schulden – auch künftig möglich, gegenzusteuern, um die konjunkturelle Entwicklung zu stabilisieren. Aber in guten Zeiten müssen wir diese Schulden zurückführen. Das ist in den vergangenen 40 Jahren nicht passiert. Allerdings ist das ein zentraler Punkt. Wir wollen den zukünftigen Generationen noch politischen Handlungsspielraum ermöglichen. Mit einer zu hohen Staatsverschuldung haben wir den nicht mehr, dann zahlen wir nur noch Zinsen an die Investoren.

Trotzdem muss das Geld auch irgendwo eingespart werden. Geht der Haushalt auf Kosten von Investitionen?

Nein, diese steigern wir im Rahmen des derzeit Möglichen. Mittelfristig brauchen wir mehr Investitionen, gerade für den Erhalt der öffentlichen Infrastruktur. Diese Investitionen müssen jedoch nicht zwingend über Schulden finanziert werden. Da müssen wir auch die Einnahmenseite in den Blick nehmen. Problematisch sind aber vor allem die seit Jahren fehlenden privaten Investitionen. Unternehmen schreiben mehr ab als sie investieren.

Wie kann die Politik denn mehr private Investitionen fördern?

Unternehmen investieren, wenn sie die Aussicht auf zukünftige Nachfrage und auf stabile politische Rahmenbedingungen haben. Dazu gehört auch eine verlässliche Finanzpolitik.

Wie steht es denn um die Finanzlage in den Kommunen, und was kann der Bund hier tun?

Die Lage der Kommunen ist sehr unterschiedlich. Es gibt Kommunen mit vollen Kassen, andere haben sehr hohe Defizite. Die Kommunen spielen für die SPD-Bundestagsfraktion eine ganz

zentrale Rolle. Wir wollen vor allem denen helfen, denen es wirtschaftlich schlecht geht. Denn die Kommunen sollen nicht nur ihre Pflichtaufgaben erfüllen können, sondern auch Spielraum für weitere Zukunftsinvestitionen haben, sei es für die Kinderbetreuung oder für die Sanierung von Schulen. Wir stellen mit dem Haushalt 2015 zunächst noch einmal eine Milliarde Euro Entlastung vom Bund bereit. Mit 500 Millionen Euro davon übernehmen wir einen höheren Anteil an den Wohnungskosten für Arbeitslose. Das entlastet vor allem die schwächeren Kommunen. Bis zum Ende der Legislatur werden wir die Städte und Gemeinden um 5 Milliarden Euro im Jahr entlasten. Damit geben wir vielen Kommunen ihre finanzielle Handlungsfähigkeit zurück.

Auch bei der geplanten Neuordnung des Länderfinanzausgleichs geht es um finanzielle Handlungsfähigkeit. Die bisherigen Regelungen laufen 2019 aus. Warum ist das schon jetzt ein Thema?

Ganz einfach: Wir müssen frühzeitig Planungssicherheit für den Bund und die Länder schaffen. Es geht beim Länderfinanzausgleich um viel Geld, um fast 30 Milliarden Euro, wenn man den Solidaritätszuschlag dazu nimmt. Hier müssen sich alle Akteure darauf einstellen können, was ab 2020 auf sie zukommt. Dazu bietet sich eine große Koalition natürlich an, und deshalb haben wir uns das vorgenommen.

Welche Grundsätze hat die SPD-Fraktion dabei?

Wir wollen unseren sozialen Bundesstaat erhalten, so wie es auch im Grundgesetz steht. Gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen Deutschlands sind das Ziel der SPD-Fraktion. Das heißt auch, dass wir den solidarischen Ausgleich unter den Ländern erhalten wollen.

Hat sich das bisherige System bewährt?

Absolut. Aus unserer Sicht kann der Länderfinanzausgleich so bleiben wie

„Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen Deutschlands“

er ist. Er berücksichtigt die Leistungskraft eines Landes und gleicht die Einnahmen so aus, dass jedes Land seinen Aufgaben in der Bildungspolitik oder der inneren Sicherheit gerecht werden kann.

Er sorgt zum Beispiel dafür, dass in Thüringen weiterhin eine sehr gute Schulausbildung gewährleistet werden kann. Davon profitiert dann eben auch Bayern, weil ein Teil der Thüringer Fachkräfte nach Bayern abwandert, dort arbeitet und wesentlich zur Wirtschaftsleistung im Land beiträgt.

„Die Bankenunion beendet die Erpressbarkeit der Staaten durch Finanzkonzerne“

Sie haben die Abhängigkeit von Staaten gegenüber den Finanzmärkten angesprochen. Zieht Europa mit der Bankenunion jetzt die richtigen Lehren aus der Finanzkrise?

Die Bankenunion ist zentral, um die Erpressbarkeit der Staaten durch globale Finanzkonzerne zu beenden. Die Kontrolle von weltweit tätigen Banken wird damit auf eine unabhängige europäische Behörde übertragen, die Europäische Zentralbank. Das führt dazu, dass international tätige Banken wie die Deutsche Bank deutlich besser kontrolliert werden können.

Warum brauchen wir diese Kontrolle auf europäischer Ebene?

Die großen Banken sind längst alle multinational aufgestellt. Ihnen können wir über nationale Kontrollen nicht beikommen. In der Finanzkrise mussten wir als deutscher Staat für Banken haften, die wir gar nicht kontrollieren konnten, zum Beispiel bei der Hypo Real Estate. Hier lag die Hälfte des Bilanzvolumens bei einer Tochterbank in Irland. Wir brauchen eine unabhängige Kontrolle, die riskante Geschäfte frühzeitig erkennt und dagegen vorgeht. In Zukunft gibt es diesen Aufseher in Form der EZB.

Wie soll in der Zukunft verhindert werden, dass Staaten mit Steuergeldern nochmal für marode Banken haften müssen?

Wenn eine große Bank Pleite geht, wird in Zukunft nicht mehr der Steuerzahler einspringen. Zuerst müssen



Zur Person

1998 war er der jüngste Abgeordnete im Bundestag, mittlerweile gehört Carsten Schneider trotz seines jungen Alters (38) schon zu den erfahrenen Fraktionsmitgliedern. Zwischen 2005 und 2013 war der

Erfurter haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Seit 2013 ist er stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender und als solcher zuständig für die Themen Haushalt und Finanzen.

die Gläubiger und Aktionäre der Banken für die Verluste aufkommen. Wir schaffen dadurch endlich wieder marktwirtschaftliche Prinzipien im Finanzsektor. Wer ein großes Risiko eingeht, muss damit rechnen, sein Geld zu verlieren. Das wird auch zu einer Disziplinierung im Bankensektor führen. Viele riskante Geschäfte werden sich

„Wer mit einer Anlage ein großes Risiko eingeht, muss auch damit rechnen, dass er sein Geld verliert“

dadurch gar nicht mehr rechnen. Wir wollen, dass sich die Banken wieder auf ihre Dienstleistungsfunktion konzentrieren, nämlich das Geld von Sparern zu sammeln und es an Unternehmen zu verleihen.

steuer diskutiert, um den Bankensektor an den Kosten der Krise zu beteiligen. Wann kommt sie?

Wir sind als SPD-Bundestagsfraktion extrem hinterher, dass wir die Steuer möglichst bald bekommen. Wir haben aufgrund der Finanzkrise enorme Kosten gehabt, die wir nur über neue Schulden finanzieren konnten. Der Finanzsektor als Verursacher der Krise hat dazu bis heute keinen Beitrag geleistet. Leider gibt es noch europaweite Widerstände, auch aus Ländern wie Frankreich oder Italien, die ihre Finanzplätze in Gefahr sehen. Wir müssen da weiter Druck machen bis zu dem Punkt, an dem wir sagen: Mehr Ausgabenprogramme und Konjunkturmaßnahmen in Europa gibt es mit der SPD-Fraktion nur, wenn wir auch bei der Finanztransaktionssteuer markante Fortschritte machen. ■

Seit langem wird über die Einführung einer Finanztransaktions-

Mehr Infos zum Thema:

www.spdfraktion.de

Meldungen

Bankenunion
kommt

Die EU zieht die Lehren aus der Finanzkrise: Die Bundesregierung hat vier Gesetze in den Bundestag eingebracht, mit denen die europäische Bankenunion beschlossen werden soll. Sie soll verhindern, dass Staaten einspringen müssen, um systemrelevante Banken zu retten. „Es darf nicht sein, dass die Steuerzahler dafür haften, wenn Finanzinstitute durch eine riskante Geschäftspolitik in Schieflage geraten“, sagt SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann. Die Europäische Zentralbank (EZB) wird gemeinsam mit nationalen Aufsichtsbehörden die systemrelevanten Banken überwachen. Daneben wird es einen Abwicklungsmechanismus geben. Konkret: Die Branche muss Sanierungen und Abwicklungen selbst bezahlen und dafür Rücklagen in einem Bankfonds bilden. Die SPD-Fraktion fordert, dass Einzahlungen in den Fonds nicht von der Steuer abgesetzt werden dürfen. In Zukunft ist klar geregelt, wer bei einer Bankenpleite haftet: erst Eigentümer und Aktionäre, dann Gläubiger der Bank und zuletzt Einleger, die mehr als die geschützten 100.000 Euro bei der Bank haben. ■

Koalition stärkt die Pflege

Immer mehr Menschen werden pflegebedürftig. Die SPD-Bundestagsfraktion will unser Pflegesystem frühzeitig darauf vorbereiten.

Der demografische Wandel stellt unsere Gesellschaft vor eine gewaltige Herausforderung. Schon heute sind in Deutschland knapp 2,5 Millionen Menschen jeden Tag auf Pflegeleistungen angewiesen. Bis 2030 wird diese Zahl nach Schätzungen auf 3,31 Millionen Pflegebedürftige steigen. Diesen Entwicklungen muss auch unser Pflegesystem Rechnung tragen.

Mit einem Gesetz zur Stärkung der Pflege will die Koalition deshalb ab 2015 die Leistungen für Pflegebedürftige, Angehörige und Pflegekräfte systematisch erhöhen. Das heißt, die Pflegebedürftigen erhalten verbesserte Leistungen und die pflegenden Angehörigen sowie Pflegefachkräfte werden entlastet.

Mehr Beitrag für mehr Leistung

Dafür soll der Beitrag zur Pflegeversicherung ab 2015 um 0,3 Prozentpunkte ansteigen. Die Einnahmen aus 0,2 Beitragssatzpunkten – rund 2,4 Milliarden Euro – stehen für die Leistungsverbesserungen der ersten Reformstufe zur Verfügung: 1,4 Milliarden Euro für die häusliche Pflege und 1 Milliarde für die stationäre Pflege. Mit den Mitteln aus einem Beitragssatzzehntel soll ein Vorsorgefonds eingerichtet werden. Dieser soll ab 2030 die Beiträge stabilisieren, wenn Menschen



Die Pflege wird vor dem Hintergrund des demografischen Wandels immer wichtiger.

aus den geburtenstarken Jahrgängen pflegebedürftig werden.

Ambulant vor stationär

„Es ist gerecht, dass wir die Leistungsbeträge in der Pflege erhöhen“, sagt die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Hilde Mattheis. „Wir stärken weiter das Prinzip „ambulant vor stationär“ und entsprechen damit dem Wunsch Pflegebedürftiger, so lang wie möglich in den eigenen vier Wänden zu bleiben.“

Das Gesetz ist der erste Schritt zu einer umfassenden Reform des Pflege-

systems. Mit einem weiteren Gesetz sollen noch in dieser Wahlperiode der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff und ein neues Begutachtungsverfahren eingeführt werden. Die bisherige Unterscheidung zwischen Pflegebedürftigen mit körperlichen Einschränkungen einerseits und mit kognitiven und psychischen Einschränkungen (insbesondere Demenzerkrankte) andererseits soll dadurch wegfallen.

Das erste Gesetz zur Stärkung der Pflege wird in Kürze vom Gesetzgeber beschlossen und tritt am 1. Januar 2015 in Kraft. ■

TTIP muss den Bürgern nutzen

Die EU-Kommission verhandelt gegenwärtig mit den USA über ein Freihandelsabkommen (Transatlantic Trade and Investment Partnership, kurz: TTIP).

TTIP bietet die Chance auf mehr Wohlstand in der EU. Gerade die vielen mittelständischen Unternehmen in Deutschland könnten einen leichteren Zugang zum nordamerikanischen Markt bekommen. Gleichzeitig schüren das Abkommen und die oft geheimen Verhandlungen Unsicherheiten bei den Bürgerinnen und Bürgern.

Für die SPD-Fraktion ist klar: Ein Abkommen ist nur dann sinnvoll, wenn es auch einen Fortschritt für die Bürgerinnen und Bürger mit sich bringt. In keinem Fall darf es die hohen europäischen Standards einschränken.

„Barrieren wie Zölle und andere Handelshemmnisse sollen fallen – Umwelt-, Arbeits- und Verbraucherschutzstandards hingegen nicht!“, bringt es SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil auf

den Punkt. Ähnlich sieht es der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), der gemeinsam mit dem Bundeswirtschaftsministerium ein Positionspapier zu TTIP veröffentlicht hat.

14 Bedingungen für TTIP

„Es geht darum, zusätzlichen Wohlstand tatsächlich breiten Bevölkerungsschichten zukommen zu lassen, wirtschaftliche, soziale und ökologische Standards zu verbessern sowie faire Wettbewerbs- und gute Arbeitsbedingungen zu schaffen“, heißt es in dem Papier. Gemeinsam zählen DGB und Ministerium 14 Punkte auf, die bei den Verhandlungen erfüllt sein müssen. Darunter die Forderung, dass Arbeits- und Sozialstandards genauso wirkungsvoll sichergestellt sein müssen, wie die Einhaltung anderer Regeln des Abkommens. Zudem müsse die Zivilgesellschaft in einer öffentlichen Debatte einbezogen werden. Hubertus Heil nennt das Papier „wegweisend“. ■

Kommunen unterstützen



Der Bund entlastet die Kommunen beim Kita-Ausbau.

Ein zentrales Ziel der Großen Koalition ist es in dieser Legislaturperiode, Kommunen zu entlasten und ihnen mehr finanziellen Handlungsspielraum zu geben.

Mit einem Ende September eingebrachten Gesetzentwurf trägt die Koalition diesem Vorhaben Rechnung. Der Entwurf sieht vor, die Kommunen jährlich um eine Milliarden Euro zu entlasten.

Die Entlastung speist sich aus zwei Quellen: 500 Millionen Euro erhalten die Gemeinden über einen höheren

Anteil an der Gewerbesteuer. Weitere 500 Millionen Euro sparen sie dadurch ein, dass der Bund die Kosten der Unterkunft und Heizung für Bezieher von Arbeitslosengeld II (ALG II) übernimmt. Davon profitieren vor allem die strukturschwachen Kommunen mit besonders vielen ALG II-Empfängern – ein zentrales Anliegen der SPD-Fraktion.

Auch beim Kita-Ausbau bekommen Länder und Kommunen mehr Unterstützung. Der Bund wird das seit 2007 bestehende Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ um 550 Millionen Euro auf 1 Milliarde Euro aufstocken. Dadurch wird ein drittes Investitionsprogramm von 2015 bis 2018 für den Kita-Ausbau ermöglicht.

2017 und 2018 verzichtet der Bund zudem zugunsten der Länder jährlich auf 100 Millionen Euro aus der Umsatzsteuer. Damit erhöht der Bund seine Beteiligung an den Betriebskosten der Kinderbetreuung, dies soll u. a. der Sprachförderung zugute kommen. ■

Früher in Rente: „Wer 45 Jahre einzahlt, braucht sich nicht zu ducken“

Gerd Haas, Jahrgang 1956, arbeitet seit er 15 ist und wird 2020 mit 63 Jahren in Rente gehen. Dass die SPD-Bundestagsfraktion erfolgreich dafür gekämpft hat, findet er klasse.

„Wer 45 Jahre in die Rentenversicherung eingezahlt hat, braucht sich nicht zu ducken“, sagt Gerd Haas mit Blick auf die Möglichkeit, früher abschlagsfrei in Rente gehen zu können. Haas ist Jahrgang 1956. Als 15-Jähriger hat er 1971 seine Ausbildung in dem metallverarbeitenden Zulieferunternehmen G. RAU GmbH & Co. KG im baden-württembergischen Pforzheim begonnen.

„Ich hatte das Glück, in einer sehr guten Firma anzufangen und arbeite bis heute dort“, erklärt Haas. Ihm ist dabei durchaus bewusst, dass dies heute nicht mehr der Normalfall ist. Erfreulicherweise habe es bislang in seinem Unternehmen wenige Krisenzeiten gegeben. Der familiengeführte Betrieb mit 550 Mitarbeitern produziert hochwertige Metallteile für die Automobilindustrie sowie für Elektro- und Medizintechnik.

Vom Lehrling zum Betriebsrat

Vor 43 Jahren hat Gerd Haas seine Ausbildung zum Maschinenschlosser angefangen und damit auch begonnen, Rentenbeiträge zu leisten. Von Anfang an wollte er beruflich vorankommen und legte 1982 erfolgreich seine Meisterprüfung ab. Im Anschluss leitete er verschiedene Abteilungen im Unternehmen. 2010 wurde IG-Metall-Mitglied Gerd Haas zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt. Seitdem setzt er sich

als „Freigestellter“ für die Belange der Belegschaft ein.

Kampf für Rente ab 63 war „klasse“

Seit Februar ist Haas in Altersteilzeit. In drei Jahren wechselt er mit 61 Jahren in die Ruhephase. 2020 wird er dank der Rentenreform mit 63 Jahren und acht Monaten in den Ruhestand gehen können – nach rund 49 Beitragsjahren und 46 Jahren Vollzeitarbeit.

Dass die SPD-Fraktion und Sozialministerin Andrea Nahles (SPD) für die frühere abschlagsfreie Rente gekämpft haben, findet Gerd Haas „klasse“. „Das gehört zu den wenigen Erlebnissen im politischen Bereich, die ich bisher hatte, dass den Dingen auch nachgegangen wurde. Das war nicht bloß ein Versprechen – hier wurde was getan“, sagt Haas.

Es sei auch wichtig, dass Gewerkschaften und die Politik vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und der damit verbundenen Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters gemeinsam Lösungen entwickelten, ergänzt Haas. Hierbei geht es ihm vor allem um Menschen, die körperlich schwer arbeiten und gar nicht so lange arbeiten können. Ebenso müssten die Betriebe altersgerechte Arbeitsplätze für die Beschäftigten zur Verfügung stellen, die ihren ursprünglich erlernten Beruf nicht bis zum Rentenalter aus-



Gerd Haas hat vor 43 Jahren begonnen, in die Rentenkasse einzuzahlen.

führen könnten. An Lösungen für einen flexiblen Übergang in die Rente arbeitet bereits eine Arbeitsgruppe der Koalition.

Aufstiegsmöglichkeiten wichtig für die Rente

Die Gefahr einer Frühverrentungswelle sieht Haas eher nicht. Dass auch Zeiten der Arbeitslosigkeit bei der früheren abschlagsfreien Rente berücksichtigt werden, sei gerecht. Schließlich gebe es Regionen in Deutschland, die wirtschaftlich weniger stabil seien. Die

Generationengerechtigkeit beim Rentenzugangsalter sieht Haas durchaus gegeben, denn der Eintritt ins Berufsleben habe sich verschoben. Heute seien die meisten älter als 16 Jahre, wenn sie ihre Ausbildung beginnen. Und wer 45 Jahre und mehr gearbeitet hat, habe es verdient, in Rente gehen zu können.

Doch Haas hat auch Verständnis für die junge Generation. Wichtig für sie seien gute Aufstiegsmöglichkeiten, denn je mehr durch Arbeit verdient werde, umso mehr Geld gehe auch in die Rentenkassen, sagt Haas. ■

Souverän, solidarisch und sozial: 65 Jahre SPD-Fraktion



Der Sitzungssaal der SPD-Fraktion im Reichstagsgebäude in Berlin.

Deutschland litt noch unter den Kriegsfolgen, als am 14. August 1949 die ersten Wahlen zum Deutschen Bundestag stattfanden. Das Grundgesetz war erst wenige Monate alt und musste sich als echte Verfassung noch bewähren. Die Sozialdemokratische Partei

Deutschlands holte bei diesen Wahlen rund 29 Prozent. Als zweitstärkste Kraft im Parlament gründete sich am 31. August 1949 die SPD-Bundestagsfraktion und wählte Kurt Schumacher zu ihrem Vorsitzenden. Unter Schumachers Ägide entwickelte sich die SPD-Bundestagsfraktion zu einer selbstbewussten, aber auch loyalen und disziplinierten Oppositionsfraktion, die Kanzler Adenauer und den Regierungsfractionen deutlich entgegentrat.

Viel erreicht für die Menschen

In den vergangenen Jahrzehnten war die Geschichte der SPD-Fraktion wechselvoll, von großen Erfolgen und auch Niederlagen geprägt. Um Entscheidungen wurde oft gerungen, es

wurde leidenschaftlich debattiert, aber stets um die Sache: Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität. Geführt wurde die Fraktion von Persönlichkeiten wie Herbert Wehner, Helmut Schmidt, Hans-Jochen Vogel, Ulrich Klose oder Peter Struck, um nur einige zu nennen.

Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützte die Außenpolitik Willy Brandts ebenso wie den Einigungsprozess und die innenpolitischen Reformen, die unter dem legendären Motto „mehr Demokratie wagen“ (Brandt) standen.

Den sozialdemokratischen Parlamentariern ist es zu verdanken, dass die Arbeitnehmerrechte in Deutschland gestärkt wurden, die Sozialversicherungssysteme ausgebaut wurden, das BAföG eingeführt und der Ausstieg aus

der Atomenergie eingeleitet wurde.

Für ein gerechteres und moderneres Land

Deutschlands Zukunft zu gestalten, war für die SPD-Fraktion nie nur leere Phrase, sondern Ansporn. Bis heute sorgen die Sozialdemokratinnen und -demokraten dafür, dass das Land gerechter und moderner wird.

Auch in der Großen Koalition ist die SPD-Bundestagsfraktion unter Fraktionschef Thomas Oppermann der Motor der Regierungsarbeit. Auf ihr Betreiben hin wird endlich ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt, die Rente ab 63 Jahren nach 45 Beitragsjahren und die doppelte Staatsbürgerschaft. Viele weitere Projekte folgen. ■

Vorgestellt



Katja Mast

Die Politik von Katja Mast hat ein klares Leitbild: Gute Arbeit. Als arbeitsmarktpolitische Sprecherin verfolgt sie dieses Ziel für die SPD-Bundestagsfraktion. Gute Arbeit stehe für faire Bezahlung, die volle Teilhabe am Sozialstaat, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und vor allem auch die lebenslange Weiterentwicklung der Qualifikation, sagt Katja Mast. Sie ist zudem Vorsitzende der Landesgruppe Baden-Württemberg und vertritt seit 2005 ihren Wahlkreis Pforzheim in Berlin. Neben dem Ausschuss für Arbeit und Soziales ist sie auch stellvertretendes Mitglied im Haushaltsausschuss. ■



Sabine Poschmann

„Der Mittelstand ist der Garant für Deutschlands stabile wirtschaftliche Stärke“, sagt Sabine Poschmann, die Beauftragte für Mittelstand und Handwerk der SPD-Bundestagsfraktion. Als Politikerin will sie durch entsprechende Rahmenbedingungen für den Mittelstand dafür sorgen, dass es so bleibt. Sabine Poschmann kommt aus dem Ruhrgebiet und hat die längste Zeit ihrer bisherigen politischen Karriere in der Dortmunder Politik verbracht. Seit 2013 vertritt sie ihre Heimatstadt Dortmund als direkt gewählte Bundestagsabgeordnete in Berlin. Dort sitzt sie für die SPD-Fraktion im Ausschuss für Wirtschaft und Energie und ist stellvertretendes Mitglied im Innenausschuss. ■

Keine neuen Schulden: Haushalt 2015 ist Zeitenwende

Weniger Schulden, mehr Investitionen: Bundestag berät den Etat 2015.

// Seit 1969 hatte Deutschland keinen ausgeglichenen Bundeshaushalt mehr. 2015 soll es wieder soweit sein. Investitionen in Infrastruktur und Bildung gibt es trotzdem.//

Der Bundestag hat Anfang September in 1. Lesung den Entwurf des Bundeshaushalts für das Jahr 2015 diskutiert. Das Besondere dabei: Es soll der erste Bundeshaushalt seit 1969 sein, der ohne Neuverschuldung auskommt. „Mit dem Haushalt 2015 beginnt eine Zeitenwende“, sagte SPD-Fraktionsvize Carsten Schneider in der Debatte.

Die vorherige Große Koalition hatte 2009 die Schuldenbremse für die öffentlichen Haushalte beschlossen. Der aktuelle Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD sieht einen ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung sowie die Sicherstellung der Investitionskraft von Bund, Ländern und Gemeinden in Verantwortung für künftige Generationen vor.

300 Milliarden Euro Ausgaben

Zentral für die SPD-Bundestagsfraktion ist dabei, dass die Haushaltskonsolidierung nicht auf Kosten von Investitionen geht. Im Gegenteil, der Etat für 2015 sieht sogar mehr Investitionen in Infrastruktur und Bildung vor als der von 2014.

Insgesamt umfasst der Bundeshaushalt 2015 Ausgaben in Höhe von 299,5 Milliarden Euro. Das sind 3 Milliarden Euro mehr als 2014. Für Verkehrsinvestitionen in Straßen, Schiene und Wasserstraßen wird 2015 1 Milliarde Euro zusätzlich bereitgestellt. Auch für die Städtebauförderung mit dem Programm Soziale Stadt stehen 2015 wieder 700 Millionen Euro zur Verfügung. Ab 1. Januar 2015 übernimmt der Bund die Finanzierung des BAföG. Damit entlastet er die Länder um mindestens 1,17 Milliarden Euro. Für den Forschungsetat gibt es im nächsten Jahr 200 Millionen Euro mehr. Für die Eingliederung von Arbeitsuchenden in den Arbeitsmarkt stehen auch 2015 wieder 350 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Und schließlich werden Städte und Gemeinden im kommenden Jahr um eine weitere Milliarde Euro entlastet.



Das langfristige Ziel ist klar: Schulden abbauen und dabei in die Zukunft investieren.

Carsten Schneider machte in der Debatte deutlich, dass es in Bezug auf die Steuerpolitik und die Verteilungsfrage bei SPD und Union unterschiedliche Standpunkte gibt. Doch man habe es erreicht, dass die Binnennachfrage künftig gestärkt werde. „Das Wichtigste ist dabei die ab Januar 2015 beginnende Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns“, sagte Schneider. Dies bedeute für viele Beschäftigte „die größte Lohnerhöhung, die sie je erreicht haben“.

Solide wirtschaften für die Generationengerechtigkeit

Der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Johannes Kahrs, erinnerte daran, dass der Bund im Jahr 2013 noch 22 Milliarden Euro neue Schulden machen musste. Im Jahr 2014 werden es immerhin noch 6,5 Milliarden Euro sein. In den letzten Haushalten sei vorbereitet worden, dass für 2015 keine Neuverschuldung vorgesehen sei.

Deutschland müsse auch im Sinne der Generationengerechtigkeit solide wirtschaften und dürfe nicht in eine

ähnlich schlechte Lage wie andere europäische Länder kommen. Dennoch werde das Parlament in den kommenden Haushaltsberatungen vor allem bei Investitionen Prioritäten setzen. ■

www.spdfraktion.de

Termine

- 21. Oktober: Politik für den Mittelstand, 63897 Miltenberg**
- 23. Oktober: Der Mindestlohn kommt, 09456 Annaberg-Buchholz**
- 27. Oktober: Die Mietpreisbremse, 47051 Duisburg**
- 28. Oktober: Hilfe im Sterben – Hilfe zum Sterben, 44625 Herne**

Weitere Termine:
www.spdfraktion.de
www.facebook.com/spdbundestagsfraktion

IMPRESSUM GUTE ARBEIT

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion
Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parl. Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Redaktionsschluss: 13. Oktober 2014
Herstellung: Network Media GmbH
Redaktion: Stefan Hintermeier, Johanna Agci, Anja Linnekugel, Alexander Linden, Gero Fischer
Texte: Gero Fischer
Druck: Frankenpost Verlag GmbH
 Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.
Bestellungen von „Gute Arbeit“: Zeitung der SPD-Bundestagsfraktion, und von Informationsmaterial zur Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion:
 – per Post: SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit/Redaktion „Gute Arbeit“, 11011 Berlin
 – per Mail: oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de
 – per Fax: 030/22756800